

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhalt</b> .....	XIII
<b>Einleitung</b> .....	1
<b>Gang der Untersuchung</b> .....	7
<b>Teil 1 Grundlagen</b> .....	11
<i>Kapitel 1 Von der Adresse zum Persönlichkeitsprofil: Terminologie, geschichtliche Entwicklung und heutige Bedeutung des Datenhandels</i> ..	11
A. Adressdatenhandel als Ausgangspunkt .....	11
B. Der Handel mit personenbezogenen Daten in seiner gegenwärtigen Ausprägung .....	13
<i>Kapitel 2 Eine Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands oder: Was sind personenbezogene Daten?</i> .....	17
A. Daten und Informationen .....	17
B. Der Personenbezug des Datums .....	25
<b>Teil 2 Rechtliche Vorgaben für den Datenhandel</b> .....	39
<i>Kapitel 3 Übermittlung personenbezogener Daten nach dem Datenschutzrecht</i> ..	40
A. Einwilligung, § 4a BDSG .....	40
B. Erlaubnistatbestände i.S.d. § 4 Abs. 1 BDSG .....	52
C. Fazit .....	67
<i>Kapitel 4 Strafrechtliche Sanktionierung unrechtmäßiger Datenübermittlung</i> ..	68
A. Vorgaben der §§ 202a, 202b StGB .....	68
B. Vorgaben des § 203 StGB .....	71
C. Fazit .....	73
<b>Teil 3 Die Übertragbarkeit von Persönlichkeitsrechten: Das personenbezogene Datum als Gegenstand des Rechtsverkehrs</b> .....	75
<i>Kapitel 5 Zuordnung personenbezogener Daten</i> .....	76
<i>Kapitel 6 Übertragbarkeit von Persönlichkeitsrechten an materialisierten personenbezogenen Daten</i> .....	78
A. Grundproblematik und derzeitige Rechtslage .....	78
B. Das Persönlichkeitsrecht als übertragbares Vermögensrecht i.S.d. Art. 14 Abs. 1 GG .....	88

<b>Teil 4 Vertragliche Ausgestaltung des Datenhandels</b> .....	113
<i>Kapitel 7 Behandlung unkörperlicher Gegenstände in der Rechtshistorie</i> .....	116
<i>Kapitel 8 Bestandsaufnahme: Datenüberlassungsverträge im Gefüge der zivilrechtlichen Vertragstypen</i> .....	119
A. Grundtypen von Datenüberlassungsverträgen .....	119
B. Geeignete Vertragstypen zur Qualifikation von Datenüberlassungsverträgen und ihre gesetzlichen Leitbilder .....	125
C. Datenüberlassungsverträge im Spiegel der Rechtsprechung .....	133
D. Zusammenfassung .....	135
<i>Kapitel 9 Typologische Zuordnung im Einzelnen</i> .....	136
A. Typologische Zuordnung dauerhafter Datenüberlassungsverträge .....	136
B. Typologische Zuordnung zeitlich befristeter Datenüberlassungsverträge .....	161
C. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	169
D. Übertragung der Ergebnisse auf andere unkörperliche Gegenstände .....	170
<i>Kapitel 10 Nichtigkeit eines Datenüberlassungsvertrags gem. § 134 BGB</i> .....	172
A. Grundzüge des § 134 BGB .....	172
B. Verbotsgesetze für die Datenübermittlung und Rechtsfolgen eines Verstoßes .....	175
C. Teilnichtigkeit, § 139 BGB .....	181
D. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	183
<i>Kapitel 11 Anfechtbarkeit eines Datenüberlassungsvertrags</i> .....	185
A. § 119 Abs. 2 BGB in seinem historischen Kontext .....	185
B. Anwendbarkeit des § 119 Abs. 2 BGB auf unkörperliche Gegenstände .....	187
C. Informationen als verkehrswesentliche Eigenschaft des Datums .....	188
D. Ausschluss des Anfechtungsrechts im Anwendungsbereich der Mängelgewährleistungsrechte .....	189
<i>Kapitel 12 Gewährleistungshaftung</i> .....	190
A. Der Mangelbegriff .....	190
B. Die Mangelhaftigkeit personenbezogener Daten .....	194
C. Die Mängelgewährleistungsrechte im Einzelnen .....	197
D. Ausschluss der Mängelgewährleistungsrechte .....	209
E. Widerrufsrecht im Falle eines Fernabsatzvertrags .....	211
F. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	212
<b>Teil 5 Außervertragliche Haftung für Datenverletzungen</b> .....	213
<i>Kapitel 13 Ansprüche bei Schädigung von Daten außerhalb vertraglicher Beziehungen de lege lata</i> .....	215
A. § 823 BGB .....	215
B. § 826 BGB .....	225
C. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	226
<i>Kapitel 14 Das »Recht am eigenen Datenbestand« als sonstiges Recht i.S.d. § 823 Abs. 1 BGB</i> .....	227
A. Sonstige Rechte i.S.d. § 823 Abs. 1 BGB .....	227
B. Schutz des »informationellen Mehrwertes« personenbezogener Daten? .....	229

C. Alternative Drittschadensliquidation .....	230
D. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	252
<b>Teil 6 Ausblick .....</b>	<b>253</b>
<b>Abkürzungen .....</b>	<b>257</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>261</b>
<b>Sachregister .....</b>	<b>281</b>

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	IX
<b>Einleitung</b> .....	1
<b>Gang der Untersuchung</b> .....	7
<b>Teil 1 Grundlagen</b> .....	11
<i>Kapitel 1 Von der Adresse zum Persönlichkeitsprofil: Terminologie, geschichtliche Entwicklung und heutige Bedeutung des Datenhandels</i> ..	11
A. Adressdatenhandel als Ausgangspunkt .....	11
B. Der Handel mit personenbezogenen Daten in seiner gegenwärtigen Ausprägung .....	13
<i>Kapitel 2 Eine Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands oder: Was sind personenbezogene Daten?</i> .....	17
A. Daten und Informationen .....	17
I. Daten als Zeichen .....	19
II. Daten als Zeichen mit spezifischem Bedeutungsgehalt oder als Träger mehrerer Bedeutungsmöglichkeiten? .....	20
III. Informationen .....	21
1. Der Informationsbegriff nach Claude Shannon .....	22
2. Der Informationsbegriff in seinem gesellschaftlichen Verständnis ..	23
3. Ergebnis .....	24
B. Der Personenbezug des Datums .....	25
I. Definition des Bundesdatenschutzgesetzes .....	25
1. Einzelangaben .....	25
2. Persönliche oder sachliche Beziehungen .....	26
3. Natürliche Person .....	26
4. Bestimmbarkeit .....	26
II. IP-Adresse als personenbezogenes Datum .....	27
III. Relative oder objektive Personenbeziehbarkeit? .....	28
1. Das IP-Adressen-Urteil des Bundesgerichtshofs .....	29
2. Ermittlung der Personenbezogenheit durch Auslegung des § 3 Abs. 1 BDSG .....	30
a) Klassische Auslegung des § 3 Abs. 1 BDSG .....	30
b) Europarechtskonforme Auslegung .....	31
c) Ergebnis der Auslegung .....	32
3. Personenbeziehbarkeit statischer IP-Adressen .....	33
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	34
V. Geo-Daten als personenbezogene Daten .....	35

<b>Teil 2 Rechtliche Vorgaben für den Datenhandel</b>	<b>39</b>
<i>Kapitel 3 Übermittlung personenbezogener Daten nach dem Datenschutzrecht</i>	<b>40</b>
A. Einwilligung, § 4a BDSG	40
I. Vorherige Zustimmung	41
II. Informierte Einwilligung	41
III. Koppelungsverbot, § 28 Abs. 3b BDSG	42
IV. Schriftform	44
1. Grundsätzliches Erfordernis	44
2. Ersatz durch die elektronische Form	44
3. Ausnahmen vom Schriftformerfordernis	45
V. Einwilligung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	45
1. Opt-Out als unangemessene Benachteiligung?	46
2. Opt-In Erfordernis im Anwendungsbereich des § 7 Abs. 2 Nr. 3 UWG	49
3. Geltung der Grundsätze des Payback-Urteils auch nach den BDSG-Novellen	51
4. Geltung der Payback-Grundsätze auch für die Datenübermittlung?	51
5. Einwilligung in Telefonwerbung	52
B. Erlaubnistatbestände i.S.d. § 4 Abs. 1 BDSG	52
I. Erlaubnistatbestände des BDSG	53
1. Datenübermittlung an Auskunftfeien	53
2. Übermittlung von Scorewerten	53
3. Datenübermittlung gem. §§ 28, 29 BDSG	54
a) Datenübermittlung zu Zwecken der Werbung und des Adresshandels	55
aa) Datenübermittlung für eigene Geschäftszwecke	55
bb) Geschäftsmäßige Datenübermittlung	56
(1) Berechtigtes Interesse des Datenerwerbers	56
(2) Kein entgegenstehendes Interesse des Betroffenen	57
b) Datenübermittlung zu anderen Zwecken	57
c) Übermittlung sensibler Daten	57
d) Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland	58
II. Datenübermittlung im Anwendungsbereich von TMG und TKG	59
1. Datenübermittlung im Anwendungsbereich des TMG	59
a) Bestandsdaten	60
b) Nutzungsdaten	61
c) Abrechnungsdaten	61
d) Inhaltsdaten	62
e) Datentransfer ins Ausland	63
2. Datenübermittlung im Anwendungsbereich des TKG	63
a) Anwendungsbereich des TKG	63
b) Erlaubnistatbestände	64
aa) Bestandsdaten	65
bb) Verkehrsdaten	65
cc) Standortdaten	66
dd) Datentransfer ins Ausland	67
C. Fazit	67

<b>Kapitel 4</b>	<b><i>Strafrechtliche Sanktionierung unrechtmäßiger Datenübermittlung</i></b>	<b>68</b>
A.	Vorgaben der §§ 202a, 202b StGB	68
I.	Daten	68
II.	Nicht für den Täter bestimmt	69
III.	Unbefugte Verwendung	69
IV.	Weitere Voraussetzungen des § 202a StGB	69
1.	Verschaffung des Zugangs zu Daten	69
2.	Überwindung von Zugangsmechanismen	70
V.	Weitere Voraussetzungen des § 202b StGB	70
1.	Verschaffung von Daten unter Anwendung von technischen Mitteln	70
2.	Verschaffung der Daten aus einer nichtöffentlichen Datenübermittlung oder aus der elektromagnetischen Abstrahlung einer Datenverarbeitungsanlage	70
VI.	Subjektiver Tatbestand	71
B.	Vorgaben des § 203 StGB	71
I.	Unbefugte Offenbarung eines Geheimnisses	71
II.	Spezifisches Vertrauensverhältnis	72
III.	Subjektiver Tatbestand	73
C.	Fazit	73
<b>Teil 3</b>	<b>Die Übertragbarkeit von Persönlichkeitsrechten: Das personenbezogene Datum als Gegenstand des Rechtsverkehrs</b>	<b>75</b>
<b>Kapitel 5</b>	<b><i>Zuordnung personenbezogener Daten</i></b>	<b>76</b>
<b>Kapitel 6</b>	<b><i>Übertragbarkeit von Persönlichkeitsrechten an materialisierten personenbezogenen Daten</i></b>	<b>78</b>
A.	Grundproblematik und derzeitige Rechtslage	78
I.	Ideelle und materielle Bestandteile des Persönlichkeitsrechts	80
II.	Überblick über die gegenwärtige Rechtslage	81
1.	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	81
2.	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	82
III.	Hintergrund und Rechtsfolgen einer eigentumsrechtlichen Ausgestaltung des Persönlichkeitsrechts	83
1.	Schutz vor Kommerzialisierung	83
2.	Verbesserte Kommerzialisierung	86
3.	Fazit	87
B.	Das Persönlichkeitsrecht als übertragbares Vermögen i.S.d.	
Art. 14 Abs. 1 GG		88
I.	Formale Kritik	88
II.	Kritik des historischen Ausgangspunktes	89
III.	Gegensatz von Vermögens- und Persönlichkeitsrechten	91
IV.	Fehlendes Leistungskriterium	92
V.	Einwand der Mehrrelationalität personenbezogener Daten	94
VI.	Stärkung des Persönlichkeitsrechts?	96
1.	Kein Risiko des angepassten Verhaltens	96
2.	Schutz vor Persönlichkeitsverletzungen	97
VII.	Parallelen in der amerikanischen Rechtsentwicklung	98
1.	Right of Privacy	98

2. Right of »information privacy«?	100
3. Right of Publicity	100
4. Heutige Rechtslage in den USA	102
5. Übertragbarkeit auf das deutsche Recht	103
VIII. Parallele zum Urheberrecht	105
1. Verfügungsgut	105
2. Beide Rechte sperren sich gegen eine vollständige Entäußerung	105
3. Einwand der Menschenwürdegarantie	106
a) Konstitutive Rechtsübertragung als Ausweg?	107
b) Verfügungswirkung einfacher Nutzungsrechte	109
IX. Ergebnis	110
<b>Teil 4 Vertragliche Ausgestaltung des Datenhandels</b>	113
<i>Kapitel 7 Behandlung unkörperlicher Gegenstände in der Rechtshistorie</i>	116
<i>Kapitel 8 Bestandsaufnahme: Datenüberlassungsverträge im Gefüge der zivilrechtlichen Vertragstypen</i>	119
A. Grundtypen von Datenüberlassungsverträgen	119
I. Überlassung eines sonstigen Gegenstands oder Einräumung eines »Werbungsrechtes«?	119
II. Leistungspflichten im Rahmen eines Datenüberlassungsvertrags	121
1. Verwendung eines oder Verzicht auf ein körperliches Trägermedium	121
2. Geschuldete Eigenleistung oder bloße Übermittlung	121
a) Vollständige Übertragung	122
b) Mehrfachübermittlung	122
c) Zeitlich begrenzte Nutzungsüberlassung	122
d) Datenvermittlung durch Listbroker	122
e) Zugriff auf Datenbanken	123
B. Geeignete Vertragstypen zur Qualifikation von Datenüberlassungsverträgen und ihre gesetzlichen Leitbilder	125
I. Veräußerungsverträge, insb. Kaufvertrag	125
1. Gegenleistungspflicht	125
2. Trennungsprinzip	126
3. Abstraktionsprinzip	126
4. Dauerhafte, endgültige und vollständige Übertragung einer Rechtsposition	127
5. Besitzverschaffung	128
II. Gebrauchsüberlassungsverträge	129
1. Miete, § 535 BGB	129
2. Pacht, § 581 BGB	130
III. Tätigkeiten im Dienste eines anderen	131
1. Werkvertrag, § 631 BGB	131
2. Dienstvertrag, § 611 BGB	132
3. Auskunftsvertrag/Beratungsvertrag, § 675 Abs. 2 BGB	133
IV. Zwischenfazit	133
C. Datenüberlassungsverträge im Spiegel der Rechtsprechung	133
I. Qualifikation als atypischer Vertrag	134
II. Qualifikation als Werkvertrag	134

III. Qualifikation als Kaufvertrag	135
D. Zusammenfassung	135
<i>Kapitel 9 Typologische Zuordnung im Einzelnen</i>	136
A. Typologische Zuordnung dauerhafter Datenüberlassungsverträge	136
I. Generierung von Daten als Werk	136
II. Überlassung von Daten aus einem bereits existenten Datenbestand	137
1. Kaufvertragliche Qualifikation in der Rechtsprechung: Begründung und Zweifel	138
2. Vertragliche Disposition über vergleichbare Güter	139
a) Nicht-personenbezogene Daten	139
b) Übermittlung von Datenbankwerken	140
aa) Ausschließliche und einfache Lizenz	141
bb) Rechtsnatur des Lizenzvertrags	142
cc) Stellungnahme	143
(1) Einräumung ausschließlicher Lizenzen	143
(2) Einräumung einfacher Lizenzen	146
(3) Zusätzliche Verschaffung eines sonstigen Gegenstands	147
dd) Zusammenfassung	148
c) Software	149
aa) Vertragliche Qualifikation von Standardsoftwareüberlassungsverträgen	149
(1) Sachkauf	150
(2) Rechtskauf	150
(3) Kauf eines sonstigen Gegenstands	150
(4) Stellungnahme	151
bb) Kein Werklieferungsvertrag im Falle von Individualsoftware	152
d) Know-How	152
aa) Entwicklung des Know-How Vertrags	154
bb) Rechtsnatur des Know-How-Vertrags	155
cc) Kritik an der vertraglichen Qualifikation	156
e) Rückschlüsse für Verträge über dauerhafte Datenüberlassungen	157
aa) Keine Lizenzierung	157
bb) Kein alleiniges Abstellen auf das körperliche Trägermedium	158
cc) Kein erkennbarer gesetzgeberischer Wille	158
3. Kaufvertrag als Lösungsmodell?	159
a) Keine Geltung des Abstraktions- und Trennungsprinzips	160
b) Entreicherung des Veräußerers	160
c) Dauerhaftigkeit und Endgültigkeit der Überlassung	161
B. Typologische Zuordnung zeitlich befristeter Datenüberlassungsverträge	161
I. Keine Beschränkung der Pacht auf Sachen und Rechte	162
1. Grammatikalische Auslegung	162
2. Historische Auslegung	163
3. Systematische Auslegung	164
a) Gesetzliche Regelungen zur Unternehmenspacht	164
b) Fruchtziehungsrecht, § 99 BGB	165
4. Teleologische Auslegung	166
5. Ergebnis der Auslegung	166
II. Fruchtziehung bei der Überlassung von Daten	166



1. Erträge aus der Weiterüberlassung der Daten	166
2. Neugewinnung von Daten	167
a) Keine Fruchtbarkeit des Pachtrechts an personenbezogenen Daten	167
b) Analoge Anwendbarkeit des § 99 Abs. 2 BGB	167
3. Ergebnis	168
III. Vertragsvermittlung durch einen Listbroker	169
C. Zusammenfassung der Ergebnisse	169
D. Übertragung der Ergebnisse auf andere unkörperliche Gegenstände	170
<i>Kapitel 10 Nichtigkeit eines Datenüberlassungsvertrags gem. § 134 BGB</i>	172
A. Grundzüge des § 134 BGB	172
I. Gesetzliches Verbot	173
II. Verstoß gegen das Verbotsgesetz und Rechtsfolge	173
B. Verbotsgesetze für die Datenübermittlung und Rechtsfolgen eines Verstoßes	175
I. Verbotsgesetze des StGB	175
1. § 203 StGB als Verbotsgesetz	175
a) Verbotsgesetzcharakter	175
b) Nichtigkeitsfolge eines Verstoßes	175
2. § 257 StGB als Verbotsgesetz	176
a) Verbotsgesetzcharakter	176
b) Nichtigkeitsfolge	177
II. Verbotsgesetze des Bundesdatenschutzgesetzes	177
1. § 4 Abs. 1 BDSG als Verbotsgesetz	177
2. §§ 28, 29 BDSG als eigenständige Verbotsgesetze	177
3. Rechtsfolge eines Verstoßes gegen datenschutzrechtliche Verbotsgesetze	178
III. Verbotsgesetze des Telemedien- und Telekommunikationsgesetzes	179
1. §§ 14, 15 TMG i.V.m. § 12 Abs. 1, Abs. 2 TMG als Verbotsgesetze	179
2. §§ 95, 96, 98 TKG als Verbotsgesetze	180
C. Teilnichtigkeit, § 139 BGB	181
I. Einheitlichkeit und Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	181
II. Parteiwille	182
D. Zusammenfassung der Ergebnisse	183
<i>Kapitel 11 Anfechtbarkeit eines Datenüberlassungsvertrags</i>	185
A. § 119 Abs. 2 BGB in seinem historischen Kontext	185
B. Anwendbarkeit des § 119 Abs. 2 BGB auf unkörperliche Gegenstände	187
C. Informationen als verkehrswesentliche Eigenschaft des Datums	188
D. Ausschluss des Anfechtungsrechts im Anwendungsbereich der Mängel-gewährleistungsrechte	189
<i>Kapitel 12 Gewährleistungshaftung</i>	190
A. Der Mangelbegriff	190
I. Sachmangel	191
1. Kauf- und Werkvertragsrecht	191
2. Pachtvertragsrecht	192
II. Rechtsmangel	192
III. Anwendbarkeit des Mangelbegriffs auf unkörperliche Gegenstände	193
1. Sachmangel	193

2. Rechtsmangel	194
B. Die Mangelhaftigkeit personenbezogener Daten	194
I. Mangelhaftigkeit des Trägermediums	194
II. Mangel am personenbezogenen Datum	194
1. Übermittlung falscher Daten	195
2. Zu geringe Anzahl an Datensätzen	195
3. Übermittlung veralteter Daten	195
4. Kontrolldaten	196
5. Fehlerhafter Informationsgehalt	196
6. Opt-Out statt Opt-In Einwilligung	196
C. Die Mängelgewährleistungsrechte im Einzelnen	197
I. Nacherfüllung	197
1. Nacherfüllung im Falle mangelhafter personenbezogener Daten	198
2. Problematik der Fixschuld	198
a) Relatives und absolutes Fixgeschäft	198
b) Fixcharakter einer Datenüberlassung	199
II. Selbstvornahme	199
1. Selbstvornahme im Kaufrecht	200
2. Problematik der Selbstvornahme bei mangelhaften Daten	201
a) Werkvertragsrecht	201
b) Pachtrecht	202
III. Minderung	203
1. Erheblichkeit eines Mangels am Einzeldatum	203
2. Erheblichkeit eines Mangels der Gesamtdatensätze	204
IV. Rücktritt/Kündigung	205
1. Rückabwicklung gem. § 346 BGB	205
2. Rückgabepflicht gem. § 546 Abs. 1 BGB	206
V. Schadensersatz	206
1. Schadensersatz für anfängliche Mängel, § 311a Abs. 2 BGB	206
2. Schadensersatz für nachträgliche Mängel, § 280 f. BGB	207
3. Schäden aufgrund der Mangelhaftigkeit personenbezogener Daten	208
VI. Aufwendungsersatz	208
D. Ausschluss der Mängelgewährleistungsrechte	209
I. Ausschlussgründe des BGB	209
II. Ausschlussgründe des HGB	209
1. Inhalt des § 377 HGB	210
2. Anwendbarkeit des § 377 HGB auf Datenüberlassungsverträge	210
E. Widerrufsrecht im Falle eines Fernabsatzvertrags	211
F. Zusammenfassung der Ergebnisse	212
<b>Teil 5 Außervertragliche Haftung für Datenverletzungen</b>	<b>213</b>
<i>Kapitel 13 Ansprüche bei Schädigung von Daten außerhalb vertraglicher Beziehungen de lege lata</i>	215
A. § 823 BGB	215
I. § 823 Abs. 1 BGB	215
1. Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	216
2. Verletzung des Eigentums am Trägermedium	218
II. § 823 Abs. 2 BGB	219

1. §§ 202a, b, c, § 203, § 303b StGB als Schutzgesetze i.S.d.	
§ 823 Abs. 2 BGB	220
a) Schutzgesetzcharakter	221
b) Persönlicher Anwendungsbereich	222
c) Sachlicher Anwendungsbereich	223
2. Verletzung des Schutzgesetzes	223
3. Defizite des § 823 Abs. 2 BGB	224
B. § 826 BGB	225
I. Sittenwidriges Verhalten	225
II. Defizite des § 826 BGB	226
C. Zusammenfassung der Ergebnisse	226
<i>Kapitel 14 Das »Recht am eigenen Datenbestand« als sonstiges Recht</i>	
i.S.d. § 823 Abs. 1 BGB	227
A. Sonstige Rechte i.S.d. § 823 Abs. 1 BGB	227
B. Schutz des »informationellen Mehrwertes« personenbezogener Daten?	229
C. Alternative Drittschadensliquidation	230
I. Grundgedanke und Voraussetzungen der Drittschadensliquidation	231
II. Fallgruppen der Drittschadensliquidation	232
1. Obligatorische Gefahrentlastung	232
a) Versendungskauf	233
b) Werkvertrag vor Abnahme	234
c) Untergang des Vermächtnisgegenstands	234
2. Mittelbare Stellvertretung	235
3. Obhutsfälle	235
4. Treuhandverhältnisse	236
III. Rechtsfolge	237
IV. Anwendung der Drittschadensliquidation auf die Schädigung ausgelagerter Daten	238
1. Sinn und Zweck der Drittschadensliquidation	239
a) Schadensverlagerung in Fällen ausgelagerter Daten	240
b) Gesetzliche Interessenbewertung	242
c) Parallelen zur Vorteilsanrechnung	242
2. Defizite der Drittschadensliquidation	244
a) Mitwirkungserfordernis des Eigentümers des Speichermediums?	244
b) Bezüge zum Internationalen Privatrecht	245
c) Unzumutbarkeit der Drittschadensliquidation	246
3. Fazit	247
VI. Kausalität und Haftungsumfang	247
1. Kausalität bei Datenschädigungen	248
2. Schadenshöhe	249
a) Kosten für die Wiederherstellung der geschädigten Daten	249
b) Mehrkosten bei Störung von Betriebsabläufen	250
c) Ersatz des entgangenen Gewinns	250
3. Mitverschulden	251
D. Zusammenfassung der Ergebnisse	252
<b>Teil 6 Ausblick</b>	<b>253</b>

---

<b>Abkürzungen</b> . . . . .	257
<b>Literatur</b> . . . . .	261
<b>Sachregister</b> . . . . .	281